



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Förderung des Katzenschutzes und Unterstützung der Tierschutzorganisationen in besonderen Notsituationen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 12 08 (Besondere Fachaufgaben – Veterinärwesen) werden die Mittel im Tit. 686 01 (Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen) von 300,0 Tsd. Euro um 200,0 Tsd. Euro auf 500,0 Tsd. Euro angehoben.

Darüber hinaus wird eine Verpflichtungsermächtigung von 500,0 Tsd. Euro ausgebracht.

Begründung:

Mit über 14 Mio. Tieren stehen Katzen an erster Stelle der beliebtesten Haustiere in Deutschland. Doch schätzungsweise über 2 Mio. Tiere sind herrenlos. Sie sind von Parasiten befallen, krank, ohne Impfschutz, ausgemergelt und ständig auf Futtersuche. Es werden daher Projektzuwendungen für die Kastration, Kennzeichnung und Registrierung von verwilderten Hauskatzen benötigt.

In Zusammenarbeit zwischen den Tierschutzvereinen und den Kommunen sowie mithilfe zusätzlicher privater Spendengelder sollen Projekte gegen das Katzenelend gestärkt werden. Im Rahmen dieser Projekte werden die medizinischen Behandlungen sowie die Kennzeichnung von Katzen, die freilebend und damit keinem Eigentümer zuordnen sind, finanziell unterstützt. Dadurch soll die Anzahl freilebender Katzen reduziert und das Leiden vieler dieser Tiere verringert werden.

Darüber hinaus sollen Mittel bereitgestellt werden, um Tierschutzorganisationen bei der Bewältigung von Notsituationen zu unterstützen, wie beispielsweise bei den enormen Kosten im Falle der Beschlagnahmung von Tieren im Bereich des illegalen Tierhandels. Besonders im Zuge der Coronapandemie wurden zunehmend Haustiere angeschafft, besonders Hundewelpen werden gekauft. Viele davon entstammen dem illegalen Welpenhandel.

Weiterhin soll eine Förderung von Kosten für die Pflege von Wildtieren und die Unterstützung von privaten Gnadenhöfen installiert werden.